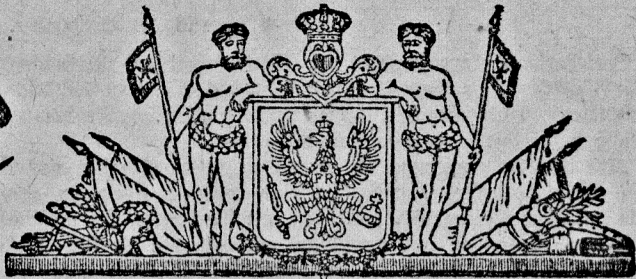


# Vossische



# Zeitung

5 Mark

Gegründet

1704

Mit  
Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600-3663 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686-3695. Telegramm Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Garantieverhandlungen in Paris.

### Mitwirkung der Reparationskommission.

Keine belgische Note in Berlin.

In der Berliner Börse ist heute das Gerücht verbreitet gewesen, es sei eine Note der belgischen Regierung unterwegs nach Berlin, in der die deutsche Regierung aufgefordert werde, innerhalb von vierundzwanzig Stunden 100 Millionen Goldmark in bar als Deckung für die Raten vom 15. August und 15. September bei der Belgischen Nationalbank zu hinterlegen. Dieses Gerücht ist offenbar der Extrakt der Meldungen mehrerer Pariser Blätter, die sich aus Brüssel haben berichten lassen, die belgische Regierung betrachte die Verhandlungen mit Deutschland als endgültig beendet und gescheitert und werde nunmehr darauf bestehen, daß Deutschland bei einer von ihr zu bestimmenden Bank das Golddepot niederlege, von dem in der Resolution der Reparationskommission vom 31. August für den Fall die Rede gewesen ist, daß die deutsch-belgischen Garantieverhandlungen zu keiner Einigung führen. Die Unwahrscheinlichkeit einer ultimativen Note der belgischen Regierung mußte sich eigentlich jedem aufdrängen, der einigermaßen politisch logisch zu denken versteht. Denn der Wortlaut der Entschließung der Reparationskommission ermächtigt die belgische Regierung zu einem derartigen Schritte nicht. Schon allein deswegen ist es verwunderlich, daß dieses Gerücht an der Börse geglaubt wurde. Deshalb sei ausdrücklich festgestellt, daß der deutschen Regierung von einer derartigen Note nichts bekannt ist, daß eine Note dieses Inhalts auch in Brüssel nicht abgegangen ist und daß man es offenbar mit einem Börsenmanöver zu tun hat, ausgeführt von Hauspekulanten, die ein Interesse an einem weiteren Steigen des Dollars haben.

Zuverlässige Meldungen erwecken im Gegenteil den Eindruck, daß ebenso wie die deutsche, auch die belgische Regierung die Garantieverhandlungen noch nicht als endgültig abgebrochen ansieht, und daß die Verhandlungen morgen oder übermorgen in Paris werden fortgesetzt werden. Es ist bekannt, daß im Auftrage der Reichsregierung die Staatssekretäre Bergmann und Schroeder gestern nach Paris abgereist sind. Es wird berichtet, daß auch die Herren Delacroix und Bemelmans, die belgischen Unterhändler, heute oder morgen von Brüssel nach Paris reisen werden. Die deutschen und belgischen Unterhändler werden also in Paris zusammenkommen.

Man hat Grund zu vermuten, daß die belgische Regierung sich zunächst nicht offiziell an die Reparationskommission wenden wird mit der Mitteilung von einem Scheitern der Berliner Verhandlungen, sondern daß die Besprechungen in Paris fortgesetzt werden sollen unter inoffizieller Teilnahme der Reparationskommission, deren Sitz deshalb auch als Verhandlungsort gewählt worden ist. Die belgische Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß eine Verlängerung der Lauffrist für die Schatzwechsel über den Wortlaut der Entschließung der Reparationskommission vom 31. August hinausgehen würde und von ihr nicht eigenmächtig zugestanden werden könnte. Nun, die Mitglieder der Reparationskommission, die zu den deutsch-belgischen Verhandlungen in Paris hinzugezogen werden sollen, können die beste Interpretation ihres Beschlusses geben und feststellen, daß eine Prolongation der Schatzwechsel auf zwölf oder auf achtzehn Monate nicht im Widerspruch mit der Resolution vom 31. August stehen würde.

Es sollen daraus keine zu weit gehenden und keine allzu hoffnungsreichen Schlussfolgerungen gezogen werden, aber die Tatsache allein, daß die Diskussion über die Verlängerung der Lauffrist in Paris fortgeführt werden soll, bietet zu allem eher Anlaß, als zu den unverantwortlichen Satirenachrichten, wie sie heute an der Berliner Börse verbreitet wurden. (Siehe auch zweite Seite.)

## Preußengeist.

Von  
Bernhard Graf Rielmannsegg,  
Rgl. Sächt. Generalmajor a. D.

Bei der Oberstleutenantsfeier des letzten Sonntags hat der preussische Ministerpräsident Otto Braun des in der Autonomiebestimmung behandelten Willens der Oberstleutenants gedacht, bei Preußen zu bleiben, und daran die Bemerkung geknüpft, das Bekenntnis zu Preußen bedeute das Bekenntnis zum Reich. Daß es auch noch andere, unmittelbare Wege zum Reichsbekenntnis gibt, zeigt die folgende Aufschrift eines alten Offiziers:

Preußengeist... Ein Begriff, der für die einen den Inbegriff staatsbürgerlicher und christlicher Pflichterfüllung darstellt, für die anderen einen Fremdkörper und ein zerstörendes Element im deutschen Wesen. Um diesen Widerspruch zu verstehen, muß man in das Buch der Geschichte sehen, aus dem allein diese Auffassungen entsprossen sein können.

Die Entstehung des Preußengeistes, des Geistes von Potsdam, wird von seinen ehrlichen Anhängern, die hierfür maßgebend sind, auf die Begründung der Großmacht Preußen durch die Persönlichkeiten der Könige Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. zurückgeführt. Kein Wunder, daß in den Zeiten des nach dem genialen Vorbild Ludwigs XIV. und seiner Staatsmänner herrschenden fürstlichen Absolutismus, des „l'état c'est moi“, der Grundsatz: „Ich bin der erste Diener meines Staates“ einen tiefen moralischen Eindruck in der Welt machte. Wenn nun noch dieser Grundsatz, verbunden mit unerbittlicher Zucht und Ordnung, in militärischen Dingen wie in der Staatsverwaltung, folgerichtig durchgeführt wurde und dadurch eine achtunggebietende, nach innen und außen festgefügte neue europäische Großmacht entstand, so war dieser Erfolg ohne Frage geeignet, bei ihren Schöpfern und deren Untertanen ein hohes Selbstbewußtsein, bei den Nachbarn staunende Bewunderung und mit Furcht gemischte Verehrung zu erzwingen, wie sie ihr in reichem Maße zuteil geworden ist.

Nun liegt es im Wesen des Absolutismus, daß Bestand und Erfolg der staatlichen Einrichtungen am Charakter und der Person des Herrschers hängen. Wie unter den weniger genialen Nachfolgern Ludwigs XIV. der Grundsatz des „l'état c'est moi“ nach zwei Menschenaltern zur Revolution führte, so mußte der vom Preußengeist getragene Absolutismus unter unfähigen Monarchen zu einer geistlosen Verknöcherung oder zu einer Lockerung des früher von schöpferischem Geist belebten und streng beaufsichtigten Staatsgefüges führen, wie es unter den beiden Nachfolgern Friedrichs II. verhängnisvoll in Erscheinung trat. Schon ein Beweis, daß dieser an sich hochachtbare Geist zur Begründung eines dauerhaften politischen Systems allein nicht ausreicht.

Einleuchtend ist, wie schon oben gesagt, daß dieser Geist, der aus den zwanzig verschiedenartigsten Landesteilen, dem ehemaligen Herzogtum Preußen, der Mark Brandenburg, der jülich-clevischen Erbschaft usw. eine festgefügte Ganzes mit Erfolg schuf, im Vergleich zu dem des französischen Absolutismus und zu den lockeren Ordnungen des süddeutschen Kaisertums in ein helles Licht trat und hier und da Schule machte. War er doch der primitive Geist der Zucht und Ordnung und selbstverleugnender Pflichterfüllung, wie er dem deutschen evangelischen Christen als Ideal vorgestellt ist. Eine preussische Erfindung war er daher nicht, sondern nur eine folgerichtige Anwendung deutscher und christlicher Grundanschauungen. Seine politische Unzulänglichkeit beruhte wesentlich auf den absolutistischen Verfassungsverhältnissen. Neu war er nur für Preußen selbst, sowie im Vergleich zu den französisch-absolutistisch orientierten Regierungen.

Nun gab es aber damals auch schon politisch und verfassungsmäßig weiter fortgeschrittene Länder, zum Beispiel England und das mit ihm in Personalunion verbundene Kurfürstentum Hannover, Holland, die Schweiz usw. Der König von England und Kurfürst von Hannover brauchte sich nicht als ersten Diener seines Staates zu proklamieren, er war es längst auf Grund der Bestimmungen seiner Landesverfassung. Daß dort im Lande Zucht und Ordnung und christliches Pflichtgefühl bei weitestgehender persönlicher Freiheit herrschte, war seit Jahrhunderten die allgemeine Grundlage des Staatswesens. Ähnlich in den andern genannten Staaten. Es ist daher nicht ersichtlich, weshalb man den Geist Friedrichs Wilhelms I. und Friedrichs II. heute noch für alle weitere Entwicklung deutschen Lebens als das Höchste und Erstrebenswerteste ansehen und herbeiwünschen soll. Wie sehr sich der damals bei Gründung des neuen preussischen Großstaates erfolgreiche Geist als unzulänglich für eine Neugründung des Deutschen Reiches erwiesen hat, das erleben wir heute mit Schrecken. Welche tragischen Auswüchse er in den Gehirnen der preussischen Herrscher, in der militäristischen Ordnung des gesamten Staatswesens, in der Führung der inneren und äußeren Politik gezeitigt hat, das gehört nun schon der Geschichte an.

Stimmen wir also freudig ein in die Hochachtung für die historischen Leistungen dieses Geistes im 18. Jahrhundert, seien wir uns aber gleichzeitig klar, daß er weder ein preussische Erfindung ist, noch auch bei dem beschränkten Reich

## Angoras Drohungen.

Die Verlegenheit Englands.

\* London, 12. September.

Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora, Ferid Bey, führt in einem Interview, das er einem Korrespondenten des „Daily Express“ gewährte, eine sehr drohende Sprache. Nur wenn die britische Regierung der bedingungslosen Wiederherstellung Adrianopels an die Türkei und der Räumung Konstantinopels seitens der Alliierten zustimme, könnten die Türken auf einer Konferenz die Internationalisierung der Meerengen und andere Fragen, vor allem die des Verbleibens der Engländer in Mesopotamien, erörtern. Angora beanspruche Mesopotamien an sich nicht; widersehe sich aber England der Rückgabe Adrianopels und der Wiederherstellung der türkischen Souveränitäten über Konstantinopel, so würden die Türken Mesopotamien überrennen und alles tun, was in ihrer Macht stehe, um den britischen Interessen entgegenzuwirken und die englische Herrschaft im nahen Osten zu stören. Englands Hoffnung beruhe lediglich auf einem freundschaftlichen Verhältnis zur Türkei. Die Türkei sei zur Verständigung bereit; es sei Englands Sache, die ausgestreckte Hand zu ergreifen.

## Bereinigung von Konstantinopel und Angora

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

\* London, 12. September.

Die englische Presse bemüht sich weiter, die Gefahr einer wiedererstickten Türkei für den Frieden auf dem Balkan und für die Interessen der verschiedenen Ententemächte auszumalen. So melden „Daily News“ aus Athen, alles deute darauf hin, daß Kemal-Pascha seinen Feldzug über die Meerengen tragen und auf dem Balkan fortsetzen wolle. Das gleiche Blatt kommentiert das von der „Vossischen Zeitung“ verzeichnete Gerücht, wonach der Sultan zugunsten des Thronfolgers Abdul Medschid abdanken wolle, dahin, daß dieser Schritt eine endgültige Wiedervereinigung von Konstantinopel und Angora bedeute.  
In der neutralen Zone auf dem asiatischen Ufer der Dardanellen haben die Oberkommissare auf einen Ententebeschluß hin die französische, englische und italienische Flotte als Warnung gegen eine Verletzung der Grenzzone durch die Truppen Kemals aufziehen lassen. Die „Times“ erklären, diese Maßnahme finde allgemeinen Beifall als Beweis des Einvernehmens zwischen den Ententemächten; eine Sicherung für die bedrohte Hauptstadt und die Meerengen bedeute sie freilich noch nicht.  
Nach einer anderen Meldung der „Times“ haben die Entente-Kommissare in Angora mitteilen lassen, daß die Alliierten Mächte

keinesfalls irgendwelche Verletzungen der neutralen Zone dulden würden.

Nach einer Reuter-Meldung aus Malta haben zwei britische Batterien den Befehl erhalten, sich zum Abtransport nach Konstantinopel bereit zu halten.

## Lloyd George geht nach Genf.

Eine „Orient- und Reparationskonferenz“?

\* London, 12. September.

Lloyd George scheint sich nach den letzten Ereignissen im Orient doch entschlossen zu haben, zur Tagung des Völkerbundes nach Genf zu reisen. Angeblich will er schon in der nächsten Woche eine große Rede vor der Völkerbund-Versammlung halten. In der Frage, ob es ratsam sei, das gesamte Reparationsproblem vor dem Völkerbunde darzulegen, werde sich, so wird aus Genf hierher gemeldet, Lloyd George von den Ratshägen Balfours und der anderen britischen Delegierten leiten lassen. Ein solcher Schritt würde aber vielseitige Zustimmung finden, und es bestünde Grund zu der Annahme, daß die Franzosen derartigen allgemeinen Erörterungen durchaus nicht abgeneigt seien.

jb Genf, 12. September.

Das „Journal de Genève“ bringt die Meldung von der bevorstehenden Reise Lloyd Georges nach Genf. Das Blatt vermutet einen engen Zusammenhang zwischen der Genfer Reise des englischen Premierministers und der großen interalliierten Konferenz, die wieder einmal unter dem Motto „Orient und Reparationen“ stattfinden werde. Diese Aussprache werde die Vereinigung der von England soeben abgelehnten Benediger Konferenz und der Auseinandersetzung sein, die in Brüssel über die Reparationsfrage stattfinden soll.

## Bund „Oberland“.

mh München, 12. September.

Der Hauptmann Römer von dem dem Konzern des Bayerischen Ordnungsblochs angegliederten Bund „Oberland“ wurde vom Münchener Volksgericht zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er zugunsten der bedrängten Rassenverhältnisse des „Oberland“ einige Bundesmitglieder dazu aufgefordert hatte, ein Fremdenautomobil, das nach Oberammergau fuhr, zu überfallen und die ausländischen Insassen zu berauben. Das Gericht schenkte seinen Angaben, er habe seine Leute nur „prüfen“ wollen, ob sie mit ihm durch Dick und Dünn gingen, und ob er sich ganz auf sie verlassen könne, auf Grund der Zeugenaussagen keinen Glauben.